



DIE AHV AUSBAUEN!

Resolution des Parteitags der SP Basel-Stadt und der SP Baselland vom 11. Juni 2016 in Basel

An einem gemeinsamen Parteitag haben sich die SP Basel-Stadt und die SP Baselland mit der Zukunft der Sozialversicherungen auseinander gesetzt. Fest steht für die SP, dass die Altersvorsorge verbessert werden muss – für alle und nicht nur für jene, die sich zusätzlich zur 2. Säule auch noch eine 3. Säule leisten können. Doch Schwarzmalerei, wie sie von der politischen Rechten praktiziert wird, ist fehl am Platz. Denn die AHV mit ihrem weitsichtigen Beitragssystem des Umlageverfahrens und der damit verbundenen Generationensolidarität ist solide und ausbaufähig.

Deshalb gilt in erster Linie, dass die AHV ausgebaut werden muss. Wer die Rentensenkungen, die aufgrund der Finanzkrise und von Anpassungen beim Umwandlungssatz bei den Pensionskassen zu erwarten sind, abfedern will, kann diese nur durch Erhöhungen bei der AHV mit ihrem genialen Beitragssystem kompensieren. So sieht es auch die Initiative AHVplus vor, über die im September 2016 abgestimmt wird. Beide Kantonalparteien werden dazu in den nächsten Monaten noch die Parolen fassen.

Weiterreichende Reformen sind im Konzept „Altersvorsorge 2020“ des Bundesrates aufgegleist. Diese Vorlage steht zurzeit in der parlamentarischen Kommissionsberatung. Auch hier gilt, dass ein Abbau nicht in Frage kommt. Wenn Kröten, wie die Erhöhung des Rentenalters für die Frauen auf 65 Jahre, geschluckt werden, muss das durch anderweitige Verbesserungen kompensiert werden. Es ist nicht akzeptabel, dass die Frauen den Preis für diese Reform zahlen. Vielmehr ist das Versicherungssystem zu modernisieren und dem geänderten gesellschaftlichen Umfeld und den verschiedenen Lebensumständen anzupassen. Dabei müssen insbesondere auch die Ansprüche jener Menschen eingelöst werden, die unbezahlte Arbeit leisten. Eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters auf mehr als 65 Jahre kommt grundsätzlich nicht in Frage. Die SP wird nur eine Reform unterstützen, bei der den Rentnerinnen und Rentnern mehr im Portemonnaie bleibt als heute und sie nicht abhängig macht vom Bezug von Ergänzungsleistungen.